

Das Wochenmagazin der SPÖ



Aktuelle

„Österreich 2020“:
Gastkommentar
von Buchautor Hans Weiss

17. September 2010 • Nr. 29 • 0,73 Euro

Am 26. September:
Vorwärts mit
Franz Voves!



Am 26. September wird der Landtag gewählt. Die Steiermark steht vor wichtigen Wahlen. Es wird an diesem Wahlsonntag darum gehen, dass der von Landeshauptmann Franz Voves eingeleitete Erfolgskurs für die Grüne Mark fortgeführt werden kann. Denn noch nie ist in der Steiermark in so kurzer Zeit so viel weitergegangen wie in den letzten fünf Jahren. Nach 60 Jahren ÖVP-Herrschaft in der Steiermark hatte die SPÖ 2005 einen historischen Wahlsieg errungen und die Steiermark erfolgreich in die Zukunft geführt.

Das Ziel der SPÖ für die Landtagswahlen ist es daher, wieder die Nummer 1 zu werden, damit die Steiermark vorne bleibt.

Das zweite Schwerpunktthema dieser Ausgabe ist die Bildungsdiskussion: Für die Zukunft des Landes ist es wichtig, dass der Reformkurs der SPÖ und ihrer Bildungsministerin Claudia Schmied fortgesetzt wird.

Als Gastkommentator konnte „SPÖ Aktuell“ den Bestsellerautor Hans Weiss gewinnen, der ein aufsehenerregendes und vielschichtiges Buch über die Missstände beim Agrarförderwesen geschrieben hat.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Steiermark-Wahl	4
Interview mit LH Franz Voves	6
ÖIAG-Chef rückt zurück	7
Bildung.....	8
Interview mit Bildungsministerin Claudia Schmied	9
„Österreich 2020“-Gastkommentar von Hans Weiss	14

THEMEN DER WOCHE

Manager in die Pflicht nehmen

(Zustimmung der Bevölkerung in Prozent)

Managergehälter sollen beschränkt werden

67%

Reiche sollen viel mehr Steuern zahlen

66%

Wer viel leistet, soll auch viel verdienen

66%

Quelle: APA | Grafik: SPÖ

Bevölkerung steht hinter SPÖ-Forderungen

Über zwei Drittel der Bevölkerung stehen hinter der SPÖ-Forderung nach einer Beschränkung für Managergehälter. „Es geht darum, der bisher vorherrschenden Bonuskultur Grenzen aufzuzeigen“, erklärt Staatssekretär Andreas Schieder. Die Mehrheit der Bevölkerung ist mit der SPÖ darüber einig, dass sich echte Leistung lohnen muss. Ebenso ist der Großteil der Meinung, dass Reiche einen größeren Beitrag leisten sollen. ♦

Mehr Beratung für angehende Studenten

Die Studienwahlberatung wird maßgeblich verbessert. Dafür sorgt das Maßnahmenpaket „Studienwahlberatung NEU“. Eckpfeiler des von Bildungs- und Wissenschaftsministerium sowie ÖH präsentierten Pakets sind die Projekte „Studienchecker“, „MaturantInnenberatung“ sowie „Studieren probieren“. „Wir wollen junge Menschen bei ihrer Entscheidung über die Studienwahl bestmöglich unterstützen“, so Bildungsministerin Claudia Schmied. ♦



Beim Ulrichsbergtreffen wird regelmäßig knapp am Verbotsgesetz vorbeigeschrammt.

Ulrichsbergtreffen ohne Bundesheer

Auch dieses Jahr wird das Österreichische Bundesheer nicht am berüchtigten Ulrichsbergtreffen teilnehmen. „Dort ist die Abgrenzung zum NS-Gedankengut ungenügend. Das passt nicht zu einem demokratischen und weltoffenen Heer“, begründet Verteidigungsminister Norbert Darabos die Entscheidung. Nun droht der Präsident der Ulrichsberggemeinschaft mit einer Klage vor dem Verfassungsgerichtshof. SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim über die Erfolgschancen dieser absurden Klage: „Dass es Personen gibt, die ernsthaft glauben, dass eine Teilnahme des Österreichischen Bundesheeres einklagbar ist, ist gleichermaßen unverständlich wie komisch. Dieser Irrglaube richtet sich in derartigem Ausmaß von selbst, dass jede weitere Stellungnahme überflüssig ist.“ ♦

Zitat der Woche

„Die Steiermark gehört nicht der ÖVP – und das ist gut so.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Arbeitnehmer: Mindestlohn anheben

Bundeskanzler Werner Faymann unterstützt den Vorstoß der Frauenministerin, den Mindestlohn auf 1.300 Euro anzuheben.

Bei den Lohnverhandlungen soll man sich daran erinnern, dass 1.300 Euro wahrlich nicht zuviel sind für jemanden, der den ganzen Tag schwer arbeitet“, so der Bundeskanzler bei der Klausur des SPÖ-Parlamentsklubs. Das ist auch eine Standortfrage. Österreich gehört nicht umsonst zu den Vorbildern in Europa, was niedrige Arbeitslosenraten und Wirtschaftsaufschwung betrifft – „hätten wir nicht eine anständige Struktur von Betrieben und eine ordentliche Behandlung mit einer gerech-

ten Entlohnung der Mitarbeiter, stünden wir nicht so gut da“, so der Bundeskanzler. Faymann unterstützt damit Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, die an die Sozialpartner appelliert hatte, den Mindestlohn auf 1.300 Euro anzuheben. Vor allem für viele Frauen, die überproportional in Niedriglohnbranchen arbeiten, wäre das eine entscheidende Verbesserung der Existenz. Laut jüngstem Arbeitsklimaindex kommt jede zweite Frau mit ihrem Einkommen gar nicht oder nur sehr eingeschränkt aus. ♦



1.300 Euro – „nicht zuviel für jemanden, der den ganzen Tag schwer arbeitet“, so Kanzler Faymann bei der SPÖ-Klubklausur.



Eine „Wirtschaftspartei“ aus dem Takt

Grasser, Schüssel und Co. waren unter Schwarz-Blau die Aushängeschilder einer Politik, die sich besonders modern und zeitgeistig-neoliberal präsentierte. Wie eine Firma. Grasser wäre beinahe ÖVP-Obmann geworden, um das Image dieser „Wirtschaftspartei“ zu manifestieren. Was davon blieb ist schnell zusammengefasst: Causa Karl-Heinz Grasser, Buwog, ÖIAG.

Ende August sprach der ehemalige ÖVP-Obmann Erhard Busek in einem Interview aus, was sich viele in der Volkspartei nur hinter vorgehaltener Hand zu sagen trauten: „Ich war nicht immer der Meinung des Andreas Khol, aber bin ihm in der Seele hinein dankbar für die entscheidende Feststellung im damaligen Parteivorstand, die letztlich die Berufung von Karl-Heinz Grasser zum Vizekanzler verhindert hat.“ Nachsatz: „Eigentlich müsste der Wolfgang Schüssel dem Andreas Khol auch dankbar sein.“ Vielleicht ist das Schüssel inzwischen sogar, denn in einem „profil“-Interview Anfang September ging der Ex-Kanzler bereits merklich auf Distanz zu seinem politischen Zögling. Dort sagte Schüssel, dass für den Buwog-Verkauf allein Grasser zuständig gewesen sei, dieser müsse seine Handlungen selbst rechtfertigen. So spricht keiner, der in der Vergangenheit stets die schützende Hand über „seinem“ Liebling ausbreitete.

Natürlich gilt die Unschuldsvermutung für alle Beteiligten. Doch allein der Verdacht, dass es bei den Privatisierungen unter Schwarz-Blau nicht nur um Ideologie ging, sondern sich Einzelne auch persönlich bereichern wollten, wirft kein gutes Licht auf die Politik.

Man muss kein Insider sein um zu wissen, dass das für den amtierenden ÖVP-Obmann, Vizekanzler Pröll nicht leicht sein wird. Schließlich sitzt ja die „ÖVP alt“ noch in voller Kraft im Parlament. Doch auch in seiner Amtszeit passieren Dinge, die weder unter „Modernität“ noch unter „Wirtschaftskompetenz“ abgelegt werden können.

Von wegen „Wirtschaftspartei“: die ÖVP tut sich mit der „Vergangenheitsbewältigung“ der schwarz-blauen Jahre extrem schwer und gerät dabei immer mehr aus dem Takt. So wird der Koalitionspartner nicht müde, Finanzstaatssekretär Lopatka auszu-



ÖIAG-Chef Michaelis ist eine „Erfindung“ Schüssels, an der die ÖVP bis heute festhält.

schicken, um die Bundesbahnen für Fehler zu kritisieren, die unter Schwarz-Blau gemacht wurden. Dass ein Eigentümer sein Unternehmen ständig in der Öffentlichkeit schädigt ist wohl einmalig. Mit einer Vehemenz, die ihn für das „Guinness Buch der Rekorde“ qualifiziert: Über 800 Mal hat sich Lopatka öffentlich negativ zu den ÖBB geäußert. Infrastrukturministerin Doris Bures räumt konsequent mit den Fehlern von Schwarz-Blau auf. Gleichzeitig scheint die ÖVP vergessen zu haben, dass bei den ÖBB unter Schwarz-Blau 100 Millionen Euro für Berater verschwendet wurden. Und dass Ex-Bahnchef Martin Huber den ÖBB Spekulationsverluste von 300 Millionen Euro hinterlassen hat.

Gleichzeitig verteidigt die ÖVP mit Zähnen und Klauen eine Staatsholding ÖIAG, die nur mehr über drei Staatsbeteiligungen wacht und sich dafür höchst dotierte Ma-

„Letzte Woche rühmte sich Pröll noch, Banker im Zuge der Umsetzung einer EU-Richtlinie 'an die Leine' zu nehmen. Er könnte mit Michaelis ein überfälliges erstes Signal setzen.“

nagement-Versager wie Peter Michaelis hält. Laut ÖVP-Einflüsterer Claus Raidl ist dessen Vorstandsposten „höchstens ein Halbtagsjob“. Nicht nur deshalb fordert die SPÖ schon seit längerem die Auflösung der ÖIAG. Sparen heißt, unnötige Strukturen aufzugeben. Die ÖIAG mit ihrem überbezahlten Manager ist eine solche.

Wie notwendig das ist, wurde Ende der Vorwoche öffentlich: Michaelis verdient für seinen „Halbtagsjob“ 700.000 Euro im Jahr. Die Hälfte davon sind Bonuszahlungen. Einen Teil dieser Boni erhielt Michaelis für den Abbau von Mitarbeitern. In Form von „Kopfprämien“, die unter dem ominösen Codenamen „Buwog“ vereinbart wurden. Ausgerechnet. Wir sagen: es ist höchste Zeit, dass Vizekanzler Pröll seinem ÖIAG-Vorstand das Vertrauen entzieht und ihn fristlos gehen lässt. Letzte Woche rühmte sich Pröll noch, Banker im Zuge der Umsetzung einer EU-Richtlinie „an die Leine“ zu nehmen. Er könnte mit Michaelis ein überfälliges erstes Signal setzen. Ehe die „Wirtschaftspartei“ ÖVP jedes Maß für Gerechtigkeit verliert.

Wirtschaftskompetenz ist für uns der Einsatz für die Konsumenten und die Schaffung von Arbeitsplätzen, nicht der Einsatz für die Privilegien weniger Großunternehmen. Es geht darum, einen Ausgleich der Interessen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu schaffen. In Österreich darf es nicht einige wenige Reiche und sonst nur Arme geben, vielmehr brauchen wir einen kräftigen Mittelstand. ♦

Damit die Steierm

Noch nie ist in der Steiermark so viel weitergegangen wie in den letzten fünf Jahren unter Landeshauptmann Franz Voves. Auch für die nächste Legislaturperiode hat sich das SPÖ-Regierungsteam viel vorgenommen.



SPÖ Steiermark

„Die sozialdemokratische Federführung in Bund und Land hat dafür gesorgt, dass die Menschen Arbeit haben und in Beschäftigung bleiben.“

Landeshauptmann Franz Voves

Steiermarks Landeshauptmann und SPÖ-Landesparteivorsitzender Franz Voves kämpft für den ersten Platz der SPÖ bei den Landtagswahlen am 26. September.

HINTERGRUND

Facts zur Landtagswahl

Termin: 26. September 2010

Wahlberechtig: 966.901 Menschen

Mandate: 56
(derzeit: SPÖ 25, ÖVP 24, KPÖ 4, Grüne 3)

Landesregierung: 9 Sitze (SPÖ 5, ÖVP 4)

Am 26. September wird in der Steiermark der Landtag gewählt. Nach 60 Jahren ÖVP-Herrschaft in der Steiermark, hatte die SPÖ 2005 unter der Führung von Franz Voves einen historischen Erfolg errungen. Die Mehrheit der Konservativen wurde gebrochen, die SPÖ Nummer 1 im Land und die Grüne Mark erfolgreich in die Zukunft geführt. Keine leichte Aufgabe, vor allem angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise, auf die die SPÖ-geführte steirische Landesregierung richtig reagiert hat. Das SPÖ-Ziel für die Landtagswahlen ist klar:

Wieder die Nummer 1 werden, damit die Steiermark vorne bleibt.

Obwohl die ÖVP in der Landesregierung sitzt, war von ihr seit 2005 nicht viel Konstruktives zu vernehmen. Von der Stunde Null ihrer Wahlniederlage an, setzte die ÖVP unter Schützenhofer – trotz ihrer Regierungsmitverantwortung – auf Fundamentalopposition und Schmutzkübelkampagnen gegen die SPÖ. Aber Voves und sein Team ließen sich davon nicht beirren und können auf eine beeindruckende Bilanz zurückblicken. Die notwendige Balance zwischen wirtschaftlichem

Steiermark vorne bleibt!

Fotos: Frankl (2), SPÖ Steiermark, Zinner



Franz Voves sucht nicht nur das direkte Gespräch mit den Menschen, er nimmt ihre Sorgen und Probleme ernst.



In den vergangenen fünf Jahren ist in der Steiermark viel weitergegangen. Damit das so bleibt, braucht es eine starke SPÖ auf Platz 1.



Fortschritt und gelebter sozialer Gerechtigkeit stand dabei stets im Vordergrund.

Von den 23 Punkten im Arbeitsübereinkommen von 2005 wurden bereits 21 erledigt. Darunter große Infrastrukturprojekte, die bereits realisiert wurden oder sich gerade in Umsetzung befinden: Koralmbahn, Semmering-Basistunnel, S-Bahn, zahlreiche Straßenbauprojekte sowie die landesweite Bahnhofsoffensive.

Auch in Forschung und Entwicklung wurde massiv investiert und mit der Ausweitung der Neuen Mittelschule bil-

dungspolitische Pionierarbeit geleistet. Außerdem wurden zahlreiche Maßnahmen gesetzt, um jenen zu helfen, die es wirklich brauchen: Einführung des Gratis-Kindergartens, Wohnbeihilfe Neu, erhöhte Heizkostenzuschüsse und die Abschaffung der Studiengebühren an den Fachhochschulen.

12 Ziele für die Steiermark

Vieles wurde für die Steirerinnen und Steirer erreicht. Mindestens ebenso

Vieles hat Franz Voves für sein Land und seine Menschen aber auch noch vor. Während ÖVP und FPÖ den Landtagswahlkampf zu Schlammschlacht machen möchten, hat die SPÖ mit ihrem 12-Punkte-Zukunftsprogramm für die Steiermark klar umrissen, wie sie sich die Zukunft des Landes vorstellt. Von einer Abschaffung des Proporz, über eine flächendeckende Internet-Breitbandverbindung in der Steiermark, bis hin zu einer Lehrlingsoffensive und einem weiteren Ausbau der Neuen Mittelschule reicht die Themenpalette. ♦

INTERVIEW

„Wirtschaftlicher Fortschritt und soziale Gerechtigkeit“

Der steirische Landeshauptmann und SPÖ-Landesparteivorsitzende Franz Voves im Gespräch mit „SPÖ Aktuell“ über die Landtagswahl in der Steiermark, Ziele der SPÖ und die Schmutzkübelkampagne der ÖVP.

„SPÖ Aktuell“: Herr Landeshauptmann, die Auseinandersetzung für die anstehenden Landtagswahlen ist in vollem Gange. Welches Ziel haben Sie sich gesteckt?

Franz Voves: Ich bin sehr zuversichtlich, dass die steirische SPÖ bei der Wahl wieder stimmenstärkste Partei wird. Von 23 Punkten des Arbeitsübereinkommens mit der ÖVP konnten 21 realisiert werden. Wir haben in den letzten Jahren spürbare Politik für alle Zielgruppen im Land gemacht. Trotz der Wirtschaftskrise steht die Steiermark gut da, wir haben einerseits für eine positive Standortentwicklung und andererseits für mehr soziale Harmonie in unserem Land gesorgt.

Ihr Resümee der letzten fünf Jahre Regierungsverantwortung in der Steiermark?

Voves: Bei uns in der Steiermark ist in den Jahren seit der letzten Landtagswahl sehr viel weitergegangen. Leider werden die zahlreichen Erfolge von den negativen Auswirkungen der weltweiten Finanzmarktkrise auf Wirtschaft und Beschäftigung etwas überschattet. Unser Bundesland ist aufgrund des starken Exportanteils der heimischen Industrie besonders betroffen. Noch vor Ausbruch der Krise hatte die Steiermark die niedrigste Arbeitslosigkeit und die höchste Beschäftigung seit Jahrzehnten. Besonders in schwierigen Zeiten war es daher wichtig, dass neben den konjunkturbelebenden Maßnahmen für die Wirtschaft auf die Menschen in unserem Land nicht vergessen wurde. Daher lag und liegt neben dem Schwerpunkt „Wirtschaft & Beschäftigung“ der Fokus ganz besonders auf dem Bereich „soziale Gerechtigkeit“. Die Bilanz der SPÖ-geführten Landesregierung kann sich sehen lassen: Große Infrastrukturprojekte befinden sich in Umsetzung. Wir haben massiv in Forschung und Entwicklung investiert, bildungspolitische Pionierarbeit wurde mit zahlreichen Standorten im Bereich der Neuen Mittelschule geleistet.

Wir haben den Gratis-Kindergarten fixiert. Wohnbeihilfe Neu, erhöhte Heizkostenzuschüsse oder die Abschaffung der Studiengebühren an den landeseigenen Fachhochschulen helfen vor allem jenen, die es wirklich brauchen. Es handelt sich dabei um Entlastungen in der Höhe von 100 Millionen Euro jährlich. Die steirische Sozialdemokratie sorgt für die notwendige Balance zwischen wirt-



Landeshauptmann Franz Voves will die Nummer 1 in der Grünen Mark bleiben.

schaftlichem Fortschritt und gelebter sozialer Gerechtigkeit. Eine ausführliche Bilanz finden Sie auch im Internet unter www.landeshauptmann.steiermark.at.

Sie nannten den Stil der steirischen ÖVP einmal „Streithanselpolitik“. Konservative Totalopposition in der Regierung?

Voves: Dem steirischen ÖVP-Chef Hermann Schützenhöfer wurde von seinen Beratern gleich nach der Landtagswahl 2005 eingetrichtert: Der Landeshauptmann darf keinen Erfolg haben, sonst wirst du niemals Erster. So hat die ÖVP – innerhalb des Regierungsproporzes – gleichzeitig Opposition gespielt. Sie hat am Ende zwar zugestimmt, zuvor aber aus parteipolitischen Gründen medial alles schlecht gemacht, um so in der Öffentlichkeit ein Bild des Streits zu erzeugen. Mehr als 50 Prozent der Steirerinnen und Steirer geben in Umfragen übrigens an, dass sie die ÖVP für diesen Streit verantwortlich machen. Ich hoffe, dass der

ÖVP diese Parteitaktik bei der Wahl auf den Kopf fallen wird.

Mit welchen Themen geht die steirische SPÖ in diese wichtige Wahl?

Voves: Wie bereits im Jahr 2005 gehen wir wieder mit konkreten Zielen in die Landtagswahl. Einer der wichtigsten Punkte ist ein energisches Vorantreiben der Budget-Konsolidierung ab 2011. Weitere Ziele sind die Abschaffung des Propozes, die Verkleinerung der Landesregierung und des Landtags sowie die Reform der Landesverwaltung. Auf Basis des Konzeptes „Steiermark der Regionen – Regionext“ soll die regionale Zusammenarbeit weiter ausgebaut werden. Oberste Priorität haben auch die Forcierung von Forschung und Entwicklung zur Sicherung des Wirtschafts- und Beschäftigungsstandortes Steiermark. Wir werden, so wie vom Bund zugesichert, auch weiterhin mit aller Kraft daran arbeiten, dass unser Bundesland durch den Bau des Semmering-Basistunnels und dem Weiterbau der Koralmbahn in Zukunft an der großen Baltic-Adriatic-Achse angeschlossen sein wird. Weitere wichtige Punkte sind die „Steirische Qualifizierungs-Offensive“, eine „Lehrlings-Offensive“, die Begründung der „Steiermark-Holding“, die Erhaltung des hohen Qualitätsstandards in der Altenpflege die Standortgarantie für die steirischen Spitäler, der Ausbau des Kinderkrippen-Angebotes, die Ausweitung des Modells der Neuen Mittelschule, die Bereitstellung einer flächendeckenden Breitbandversorgung für die gesamte Steiermark und die konsequente Fortführung der erfolgreichen „Energienstrategie Steiermark 2025“, bei der es darum geht, durch die Forcierung von Solarenergie, Photovoltaik und Biomasse sowie Wind- und Wasserkraft die Umwelt zu schonen und neue, krisensichere Arbeitsplätze zu schaffen. Und schließlich wird die steirische SPÖ auch in Zukunft mit allen ihren Möglichkeiten für sozialen Ausgleich und mehr Verteilungsgerechtigkeit eintreten. ♦

ÖIAG

Michaelis ist untragbar

„Kopfgeld“ für Kündigungen, nachträgliche Bonuszahlungen: Die SPÖ plädiert für eine sofortige Entlassung des ÖIAG-Chefs – die ÖVP steht noch hinter ihm. Jetzt wurde vonseiten der SPÖ der Rechnungshof eingeschaltet.

Wenn Michaelis noch einen Funken Anstand im Leib hat, tritt er zurück. Wenn Finanzminister Josef Pröll noch einen Funken an Glaubwürdigkeit retten will, beruft er Michaelis ab“, bringt SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter den Skandal auf den Punkt. Im Mittelpunkt der Empörung steht der Chef der heimischen Industrieholding ÖIAG (in der die Staatsbeteiligungen an Post, OMV und Telekom Austria verwaltet werden). Die in der Öffentlichkeit bekannten Vorwürfe summieren sich in letzter Zeit: Michaelis versuchte, Frauen mit besonderem Kündigungsschutz und Betriebsräte zu kündigen, nahm anwaltliche Beratungskosten von horrenden 2.000 Euro pro Stunde in Anspruch und ließ peinlicherweise Pakete per Konkurrent DHL versenden, wie kolportiert wurde.

Vor kurzem wurde bekannt, dass eines der Kriterien, das Michaelis heuer erreichen muss, um seine volle Bonifikation zu erhalten, die Reduktion der Personalkosten ist. Laut Vertrag soll der ÖIAG-Boss und mehr als 700.000-Euro-Großverdiener für den Vollzug des Stellenabbaus einen Bonus von 70.000 Euro oder 8.750 Euro pro eingespartem Arbeitsplatz für Arbeitskräfte über 45 Jahre erhalten. Für Staatssekretär Josef Ostermayer ist diese Bonuszahlung ein „Kopfgeld“ für Entlassungen.

Überhaupt soll Michaelis etwa die Hälfte seines Salärs in Form von Bonuszahlungen beziehen. Diese Prämie ist völlig erfolgsunabhängig, da die Kriterien für ihre Auszahlung jedes Jahr so angepasst werden, dass Michaelis das Geld in jedem Fall bekommt.

Was Michaelis für seine Gage, die von der öffentlichen Hand bezahlt wird, eigentlich leistet, ist unklar. Schließlich haben die

ÖIAG-Beteiligungen selbst funktionierende Vorstände und Aufsichtsräte. Michaelis' zahlreiche Spesenskandale (Stichwort Socken-Waschen und Smoking-Versand auf

ßen, damit die Lufthansa die AUA-Staatsanteile überhaupt nimmt.

Dieser Trick der nachträglichen Bonusvereinbarungen, betont Staatssekretär



Staatssekretär Josef Ostermayer:
Nachträgliche Bonus-Vereinbarungen des ÖIAG-Bosses widersprechen allen Spielregeln für öffentliche Unternehmen.

Staatskosten) runden das Bild vom „Selbstbedienungsladen ÖIAG“ ab.

Nachträglich neu formulierte Bonusvereinbarungen

Angeblich hat der ÖIAG-Boss einen mehr als fragwürdigen Deal ausgehandelt: Nachträglich wurde seine Bonusvereinbarung für das Jahr 2009 neu formuliert. Laut Tageszeitung „Österreich“ wurde in den „mündlichen Zielvorgaben“ festgelegt, dass Michaelis einen Bonus in der Höhe von 52.500 Euro erhalten solle, wenn die Privatisierung der defizitären Staatsfluglinie AUA glattgehe. Wenig später – Michaelis kannte zuvor natürlich längst den Verhandlungsstand – war der Verkauf an die Lufthansa perfekt. Nebenbei: Die Republik musste erst 500 Millionen Euro nachschie-

HBf

„Aufgrund dieser Situation möchte ich Sie ersuchen, eine Prüfung durch den Rechnungshof möglichst umgehend vorzunehmen.“

Staatssekretär Josef Ostermayer in einem Brief an Rechnungshofpräsident Josef Moser

Josef Ostermayer, widerspreche allen Spielregeln für öffentliche Unternehmen – Kriterien und Höhe von Boni seien vor Beginn eines Geschäftsjahrs und nicht erst mittendrin festzulegen. Auf Initiative Ostermayers soll nun der Rechnungshof die ÖIAG und deren Alleinvorstand Michaelis auf Ungereimtheiten rund um die Bonuszahlungen abklopfen.

Pröll soll sich hinter die Steuerzahler stellen

Erzwingen kann Ostermayer eine Rechnungshofprüfung nicht. Das könnte nur das Parlament oder Michaelis' direkter Chef, Finanzminister Josef Pröll – doch der erklärte beim letzten Presseföyer nach dem Ministerrat, dass er die Leistungen der ÖIAG für „herzeigbar“ halte. „Pröll soll sich nicht hinter Michaelis, sondern hinter die Steuerzahler stellen. Wir wollen, dass er ihm das Vertrauen entzieht und ihn fristlos entlässt, damit der öffentlichen Hand keine weiteren Kosten anfallen“, kritisiert SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas, die betont, dass für die SPÖ ohnehin eine Auflösung der ÖIAG das Vernünftigste sei. ♦

BILDUNG

Mit voller Kraft zur

Ob kleinere Klassen, Neue Mittelschule oder ganztägige Schulangebote – Bildungsministerin Claudia Schmied hat mit ihren erfolgreichen Reformen die Weichen in Richtung Zukunft gestellt. Auch große Projekte wie z.B. die neue Lehrerbildung sind voll auf Schiene.

„Der Wohlstand unseres Landes wird in den Klassenzimmern entschieden.“

Bildungsministerin Claudia Schmied

Reformstau und 6.500 gestrichene Lehrerdienstposten – die schwarz-blaue Regierung hat in der Bildungspolitik einen Scherbenhaufen hinterlassen, der bis heute nachwirkt. So gibt es als Konsequenz aus dem Lehrerabbau unter Gehrler bei den 14- und 15-Jährigen 30 Prozent Risikoschülerinnen und -schüler, die nicht richtig lesen, schreiben und rechnen können. Seit 2007 gibt es frischen Wind in der Bildungspolitik: „In diesem Jahr hat die Aufholjagd im Bildungsbereich begonnen“, so Bildungsministerin Claudia Schmied. Die SPÖ war von Anfang an eine Bildungsbewegung und wird das auch immer sein. Bildungspolitik ist ein Herzstück der Sozialdemokratie, was sich auch daran zeigt, dass das Thema Bildung zuletzt prominent im Rahmen der SPÖ-Initiative „Österreich 2020“ diskutiert wurde. Und auch bei der Herbsttagung der SPÖ-Parlamentsfraktion war Bildung eines der Schwerpunktthemen (mehr dazu im Kasten). SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer betonte bei dieser Klubtagung, worum es geht: „Wir wollen noch in dieser Legislaturperiode die entscheidenden Weichen in Richtung chancengerechte Bildungslandschaft stellen“.

Bessere Bildung, mehr Chancengerechtigkeit

Bildungsministerin Claudia Schmied hat mit einer Vielzahl von Reformen für bessere Bildung und mehr Chancengerechtigkeit gesorgt. Für Ministerin Schmied ist klar: „Wir müssen die Bildungsreform im Interesse unserer Kinder entschlossen fortset-



Fotolia

Weil es um unsere Kinder und ihre Zukunft geht: beste Bildung und gleiche Chancen für alle Kinder.

zen. Wir dürfen keine Zeit verlieren und uns nicht durch unnötige Kompetenzstreitigkeiten in Richtung Kleinstaaterei stoppen lassen.“ Die Erfolgsbilanz von Ministerin Schmied kann sich sehen lassen: So wurde u.a. das Projekt kleinere Klassen umgesetzt, es gibt mehr Kleingruppenunterricht und der Kindergarten wurde als Bildungsgarten eingerichtet. Außerdem wurden die neue Matura und die Bildungsstandards gesetzlich fixiert, die Modularisierung der Abendschule erleichtert

Berufstätigen den Erwerb von Bildungsabschlüssen. Für Bundesschulbauten und -sanierungen gibt es 1,7 Milliarden Euro. Ein voller Erfolg ist auch die Neue Mittelschule, von der heuer 35.000 Schüler profitieren. Über 6.000 Lehrlinge nehmen bereits am Erfolgsprojekt Lehre mit Matura teil. All diesen Projekten ist eines gemeinsam: „Sie sind auf Schiene, haben eine gesetzliche Basis, jedes davon ist ausfinanziert und sorgt für eine bessere Bildung unserer Jugend“, bekräftigte Schmied.

neuen Schule

Großprojekte brauchen gemeinsame Kraftanstrengung

Die Bildungsministerin skizzierte auch die großen Projekte, die anstehen und gemeinsame Kraftanstrengung brauchen:

- ▶ Neues einheitliches Dienst- und Besoldungsrecht mit attraktiveren Einstiegsgehältern
- ▶ Neue gemeinsame Ausbildung für alle im Lehrberuf Tätigen
- ▶ Umbau der Schulaufsicht in Richtung Qualitätsmanagement
- ▶ Mehr Verantwortung am Schulstandort
- ▶ Etablieren der Neuen Mittelschule als Vorstufe zur gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen, Aufheben der 10-Prozent-Grenze.

Für die Bildungsministerin ist klar: „Reformpolitik braucht Bundeskompetenz, Durchsetzungskraft und Budgetmittel. Deshalb ist es wichtig, dass die SPÖ in der nächsten Regierung nicht nur den Bundeskanzler, sondern auch den Finanzminister stellt.“ Denn mit der ÖVP werde die Bildungspolitik immer ein Feld der Auseinandersetzung sein, so Schmied. Daher sei es entscheidend, über die Parteigrenzen hinweg zu einem Schulterschluss zu kommen: Für die Bildung, für den Wohlstand und die Zukunft unserer Kinder. ♦

ZITIERT

SPÖ für moderne, gemeinsame Schule

Zitate von der Herbsttagung des SPÖ-Klubs, bei der die Bildung eines der Schwerpunktthemen war:

„Wir müssen die Auseinandersetzung moderne gegen veraltete Schule führen und gewinnen.“

Bundeskanzler **Werner Faymann**

„Liebe Claudia, wir stehen als Parlamentsklub hinter dir und unterstützen dich voll.“

SPÖ-Klubobmann **Josef Cap**

„Die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen ist eine *conditio sine qua non!*“

Wiens Bürgermeister **Michael Häupl**

INTERVIEW

„Mut zur Gleichzeitigkeit in der Bildungspolitik“

Bildungsministerin Claudia Schmied im „SPÖ Aktuell“-Interview über das neue Schuljahr, die Schule der Zukunft und die großen strategischen Projekte, die ganz oben auf ihrem Arbeitsprogramm stehen.

„SPÖ Aktuell“: Frau Ministerin Schmied, die Schule hat wieder begonnen. Was bringt das neue Schuljahr?

Claudia Schmied: Wir arbeiten weiter konsequent an der besseren Schule. Das heißt, dass die erfolgreichen Bildungsreformen entschlossen fortgesetzt werden. Nehmen wir nur das Erfolgsprojekt Neue Mittelschule: Allein in diesem Schuljahr sind 76 weitere Standorte dazugekommen. Insgesamt gibt es die Schule der Zukunft damit schon an 320 Standorten, rund 35.000 Schülerinnen und Schüler profitieren von der besten individuellen Förderung in dieser gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen. Außerdem haben wir die Deutschförderkurse verlängert und jetzt auch auf die AHS-Unterstufe ausgeweitet. Und auch die Aktion „Qualität in der schulischen Tagesbetreuung“ ist ein voller Erfolg. Schon fast 200 Schulen haben österreichweit das Gütesiegel für beste Ganztags-Betreuung erhalten. Diese Best-Practice-Schulen leisten einen entscheidenden Beitrag zur Chancengerechtigkeit an den Schulen.

Wie geht es bei den großen strategischen Projekten wie z.B. der neuen Lehrerausbildung weiter?

Schmied: Mit den Themen neue Lehrerausbildung, neues Lehrerdienstrecht und selbstständige Schule stehen wichtige Großprojekte auf dem Programm, die eine gemeinsame Kraftanstrengung der gesamten Regierung brauchen. Bis zum Jahresende werden wir gemeinsam mit dem Wissenschaftsministerium ein entscheidungs-



Lehmann

Bildungsministerin Claudia Schmied ist Garant für die konsequente Fortsetzung der Bildungsreformen.

fähiges Konzept für die neue Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer erarbeiten. Ein ganz wichtiger Eckpunkt wird dabei ein gemeinsamer Start für alle pädagogischen Berufe sein. Beim neuen Dienstrecht werden im Spätherbst bzw. Winter die Intensivverhandlungen beginnen. Wir brauchen ein attraktives Dienst- und Besoldungsrecht mit Leistungsanreizen, höheren Einstiegsgehältern und einer modernen Arbeitszeitregelung. Grundvoraussetzung für das Gelingen der Bildungsreformen ist vor allem eine Verantwortungskultur am Schulstandort. Eines ist klar: Wenn wir ein leistungsfähiges, öffentliches Bildungssystem wollen, brauchen wir auch den Mut und die Entschlossenheit, die Reformschritte gleichzeitig anzugehen. ♦

CAUSA BUWOG

Grassers Konten im Visier der Justiz

„Endlich nimmt die Gerechtigkeit ihren Lauf!“, begrüßt SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter, dass die Justiz in Sachen Grasser nun einen Zahn zulegt und Grassers Konten offenlegen lässt.

„Es war schon 2003 ersichtlich, dass die Buwog-Privatisierung weder supersauber noch transparent abgelaufen ist.“

**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter**

Es war höchst an der Zeit, dass Grasser wie andere Beschuldigte behandelt wird“, so Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter zu den Einvernahmen und dem Antrag auf Offenlegung der Konten des ehemaligen Finanzministers. Die Staatsanwaltschaft begründet ihren bereits genehmigten Antrag auf Offenlegung der Grasser-Konten mit dem dringenden Verdacht auf Untreue rund um die Buwog-Privatisierung und eine Geschenkannahme in Sachen Novomatic – es gilt die Unschuldsvermutung.

Neben privaten Konten sucht die Justiz auch nach geschäftlichen Bankverbindungen. Laut Medienberichten geht es um die Konten von Firmen im In- und Ausland, an denen Grasser beteiligt ist, unter anderen um Bankverbindungen in Liechtenstein.

Mit den jüngsten Aktivitäten der Justiz sind jedenfalls „jahrelange Forderungen der SPÖ nach Überprüfung von Privatisierungsvorgängen mit dubiosen Begleitumständen aus der Schlüssel-Grasser-Zeit am Ziel“, so Kräuter.

Als damaliger Fraktionsvorsitzender des Rechnungshof-Ausschusses sei für ihn schon im Jahr 2003 ersichtlich gewesen, dass die Buwog-Privatisierung „weder 'supersauber' noch transparent und schon gar nicht im Interesse der Steuerzahler durchgeführt wurde“.

Die Justiz erhöht den Druck auf den ehemaligen Finanzminister der Schlüssel-Regierung.



picturedesk

MINDESTSICHERUNG

ÖVP-Wahlkampfgetöse

Der Wien-Wahlkampf läuft für die ÖVP offenbar nicht gut – Spitzenkandidatin Marek versteigt sich in absurde und sachlich falsche Angriffe gegen die Mindestsicherung.

Marek will, dass Personen, die Mindestsicherung bekommen, zu gemeinnütziger Arbeit wie Straßenkehren oder im Pflegebereich verpflichtet werden, wenn sie nach sechs Monaten noch keinen Job gefunden haben. Eine Forderung, die leicht als billiger Wahlkampfgegag enttarnt ist. Denn erstens hat die ÖVP die Mindestsicherung erst vor wenigen Wochen mit der SPÖ beschlossen, und zweitens gibt es schon jetzt Sanktionen, wenn jemand Ar-

beit verweigert, wie Sozialminister Rudolf Hundstorfer klarmacht:

» Bereits heute wird der Bezug von Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe gekürzt oder ganz gesperrt, falls ein Bezieher eine zumutbare Arbeit nicht annimmt. 2009 betraf dies rund 90.000 Personen. Das gleiche gilt für die Mindestsicherung.

» Die Bezieher der Mindestsicherung müssen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Jede zumutbare Arbeit wird vermittelt und



Zimmer

Hundstorfer: Ziel der Mindestsicherung ist es, Menschen wieder zurück in normale Beschäftigungsverhältnisse zu bringen – und nicht wie in Deutschland in Hartz IV zu verfestigen.

PRESSESTIMMEN

„Der Grund für die Volte ist durchsichtig. Marek ist Wiener Wahlkampf-Kandidatin. Sie benötigt dringend eine Mindestsicherung an Aufmerksamkeit.“

H. Patterer, „Kleine Zeitung“, 15. 9.

„Auf der einen Seite verteidigt die ÖVP inbrünstig die Reichen (...), auf der anderen Seite werden die Ärmsten drangsaliert.“

M. Völker, „Standard“, 15. 9.

„Wogegen etwas einzuwenden ist, ist zu viel heiße Luft im Wahlkampf (...) Wer Mindestsicherung bezieht, muss schon jetzt mit Sanktionen rechnen, wenn er zumutbare Arbeit ablehnt.“

M. Zimmermann, SN, 15. 9.

muss auch angenommen werden. Wer ablehnt, hat mit Sanktionen zu rechnen, die im Extremfall bis zur völligen Streichung gehen können.

„Die Mindestsicherung ist wesentlich missbrauchsfester als die bisherige Sozialhilfe“, auch durch bundesweiten Datenaustausch, versichert der Sozialminister. ♦

Zeitgeschichte

Juden auf Wanderschaft

Roth setzt sich in diesem vielbeachteten Essay auf unvergleichliche Weise mit dem Leben der europäischen Juden auseinander.

Der österreichische Dichter und Publizist Joseph Roth ist einer der bedeutendsten deutschsprachigen Erzähler des 20. Jahrhunderts. In seinem bekanntesten Essay „Juden auf Wanderschaft“ von 1927 schildert er das Leben der Juden in Europa – ein Meisterwerk des literarischen Journalismus und ein Zeitdokument, das seinesgleichen sucht. Er entfaltet darin seine große Sprachkunst, beginnt seine Schilderung im osteuropäischen „Shtetl“ und folgt den Spuren der Juden in die westlichen Metropolen und

nach Amerika. Hellsichtig deutet er die Spannungen zwischen orthodoxen Ostjuden und assimilierten Juden im Westen. Roths politischen Vorahnungen liegen vielschichtige Charakterstudien zugrunde. Erstmals liegt dieser großartige Text, der eine verloren gegangene Welt heraufbeschwört, nun illustriert vor: In eindringlichen Schwarzweiß-Fotografien wird die ganze Vielfalt jüdischen Lebens in Europa und Übersee vor seiner Auslöschung durch die Nationalsozialisten wiederbelebt. ♦

Politischer Roman

Der getürkte Reichstag

Mit diesem autobiographischen Roman legt die SPD-Politikerin Lale Akgün ein vor Herz und Humor sprühendes Buch vor.

Im Herzen Deutschlands ist Tante Semras Sippe angekommen – und Nichte Lale Akgün wird in den deutschen Bundestag gewählt. Zwar muss die neue Abgeordnete jetzt das geliebte Rheinland verlassen, aber sie ist nicht allein in Berlin. Die Anteilnahme und Neugierde ihrer Familie begleiten sie auf Schritt und Tritt, in den Reichstag, in deutsche Kneipen und türkische Wohnstuben.

Nach ihrem Bestseller „Tante Semra im Leberkäseland“ ist Lale Akgün mit vorlie-

gendem Buch wieder eine Sammlung heiterer, komischer und liebevoller Einblicke aus der türkisch-deutschen Welt gelungen. Akgün, 1953 in Istanbul geboren, kam mit neun Jahren nach Deutschland. Sie war von 2002 bis 2009 Bundestagsabgeordnete und migrationspolitische Sprecherin sowie Islambeauftragte der SPD. Seit Mai 2010 leitet sie das Referat internationale Zusammenarbeit im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. ♦

Biographie

Tony Blair über seinen Weg

Der britische Ex-Premier und New-Labour-Politiker Tony Blair veröffentlichte vor kurzem seine 800-Seiten starke Biografie, in der er Einblicke in sein politisches und privates Leben gibt.

„Am 2. Mai 1997 betrat ich Downing Street Nr. 10 zum ersten Mal als Premierminister. Ich hatte vorher noch nie ein politisches Amt bekleidet, nicht einmal als Jüngster der Junior Ministers (Minister ohne Kabinettsrang). Das hier war mein erster Job in der Regierung, und es sollte auch der einzige bleiben.“ So beginnen die Memoiren „Mein Weg“ (Original: „A Journey“) des ehemaligen britischen Premierministers Tony Blair, die sich insbesondere auf

seine Regierungszeit von den Nachwirkungen des Unfalltods von Prinzessin Diana bis zum „Krieg gegen den Terror“ erstrecken. Tony Blair gibt unverstellt Einblick in sein privates und politisches Leben und Wirken, wobei neben Erfolgen auch Kontroversen und Enttäuschungen nicht ausgeblendet werden. Ein Buch, das die Komplexitäten der Politik sowie der Globalisierung und die Aufgaben eines britischen Premierministers erfahrbar werden lässt. ♦

☐ Stk.


Joseph Roth
Juden auf Wanderschaft.
Christian Brandstätter Verlag,
Wien 2010;
143 S., 29,90 €

☐ Stk.


Lale Akgün:
Der getürkte Reichstag – Tante Semras Sippe macht Politik.
Krüger, Frankfurt 2010
250 S., 15,40 €

☐ Stk.


Tony Blair
Mein Weg: Autobiografie
C. Bertelsmann Verlag,
München 2010;
800 S., 30,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



LANDWIRTSCHAFT

„Faires Sparprogramm und mehr Gerechtigkeit im Agrarbereich“

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter legt Vorschläge zu den Agrarförderungen vor, die er mit der ÖVP sachlich diskutieren will.

Ein 5-Punkte-Katalog für die Landwirtschaft soll im Agrarbereich mehr Fördergerechtigkeit und nachhaltige Konsolidierungseffekte für den Bundeshaushalt bringen. „Die Vorschläge bewegen sich über weite Strecken entlang aktueller Berechnungen des WIFO, der EU-Transparenzdaten und der Forderungen von Ex-EU-Agrarkommissar Franz Fischler. Ich erwarte seitens der ÖVP eine objektive und sachliche Diskussion im Interesse der Zukunft der Landwirtschaft, der Konsumenten und der Budgetkonsolidierung“, so SPÖ-Bundesgeschäftsführer Kräuter.

Die fünf Punkte im Einzelnen:

1. Sofortige Einstellung der Agrar-Förderung von „Superreichen“, die ihr Haupteinkommen aus anderen Bereichen be-



Geht es nach der SPÖ, sollen die kleineren landwirtschaftlichen Betriebe mehr Unterstützung erhalten – die Großbetriebe weniger.

picturesdesk

ziehen. Dies wäre laut Kräuter bereits für das laufende Jahr 2010 möglich.

- 2.** Stärkere Degression der Förderhöhe bei Großgrundbesitz, Agrarindustrie und Stiftungen.
- 3.** Einsparung an Förderungen im Agrarbereich entsprechend der WIFO-Studie („Optionen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Österreich“, Februar 2010) in der Höhe von 80 Millionen Euro jährlich.
- 4.** Umschichtung von 50 Prozent Förder volumen von den 500 größten Betrieben mit über 160.000 Euro Jahresförderung zu den 60 Prozent Betrieben, die mit unter 10.000 Euro jährlich auskommen müssen.
- 5.** Grundlegende Reform des ungerechten Einheitswertesystems mit Wirksamkeit ab dem Jahr 2012. ♦

SPÖ-SOMMERAKADEMIE 2010

„Netzwerk und Bewegung“

Zum zweiten Mal fand heuer am letzten Augustwochenende die Sommerakademie der sozialdemokratischen Organisationen statt.



Wiener SPÖ-Bildung

Hochkarätige Podiumsdiskussionen der Wiener SPÖ-Bildung gaben Inputs (v.l.n.r.: Marta Halpert, Korrespondentin des Magazins FOCUS; BM Rudolf Hundstorfer; Jiří Vyvadil, Kandidat für die kommenden Senatswahlen in der Tschechischen Republik).

Auf Initiative von Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter veranstaltete das Renner-Institut, diesmal gemeinsam mit der Wiener SPÖ-Bildung, den SPÖ Frauen und dem Wiener SPÖ-

Rathausklub vom 27. bis 28. August eine Sommerakademie für die sozialdemokratischen Organisationen. Zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus den Organisationen der „roten Familie“ trafen sich im Gar-



Ortner/RI

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter lud zur Sommerakademie.

tenhotel Altmannsdorf, um dort viel Nützliches für ihre tägliche Arbeit zu erfahren. Anschließend waren die Teilnehmer bei der Sommerakademie der Wiener SPÖ-Bildung eingeladen, wo hochkarätige Referenten aus Politik, Wissenschaft und Privatwirtschaft brachten viel an Input und Best-Practice-Beispiele. Unter ihnen: Sozialminister Rudolf Hundstorfer, der Wiener Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch, Wiens Sozialstadträtin Sonja Wehsely und Vizebürgermeisterin Renate Brauner. ♦

KINDERFREUNDE

„Johanna Dohnal Kinderwohnhaus“ eröffnet



Bei dem neuen Kinderwohnhaus soll vor allem auf die sichere und gemeinsame Unterbringung von Kindern geachtet werden, die Geschwister sind.

Etwa 1.000 Kinder in Niederösterreich leben in Heimen – ihre Zahl wächst beständig. Die häufigsten Gründe dafür sind Gewalt in der Familie, Verwahrlosung und Missbrauch. Bei der Unterbringung dieser Kinder ist es für die Behörden oft schwer, Geschwister gemeinsam in einem Heim unterzubringen. Genau bei dieser Problematik setzen die Kinderfreunde Niederösterreich an: „Mit unserem neuen ‚Johanna Dohnal Kinderwohnhaus‘ bieten wir bis zu zehn Geschwister-Kindern einen sicheren gemeinsamen Platz“, erklärte der Vorsitzende der niederösterreichischen Kinderfreunde, Andreas Kollross, bei der Eröffnung in St. Pölten.

SPÖ NÖ



Der Bürgermeister der Stadt, Matthias Stadler, freut sich über die zusätzliche Kinderschutz-Einrichtung in St. Pölten und diese besondere Würdigung für Johanna Dohnal. Landesrätin Karin Scheele betonte, dass auch Kinder und Jugendliche, die Opfer psychischer und physischer Gewalt in ihrem persönlichen Umfeld wurden, ein Recht auf Geborgenheit haben.

Der Landesvorsitzende der Kinderfreunde Niederösterreich, Andreas Kollross, gemeinsam mit Landesrätin Karin Scheele und Dohnal-Lebensgefährtin Annemarie Aufreiter bei der Eröffnung des neuen Kinderwohnheims in St. Pölten.

„Die Kinderfreunde beweisen mit dem Konzept des neuen ‚Johanna Dohnal Kinderwohnhauses‘ einmal mehr ihre führende Rolle als kompetenter Partner bei Angelegenheiten des Kinderschutzes“, bedankte sich Scheele.

SPENDENKONTO

Unterstützen auch Sie den laufenden Betrieb des „Johanna Dohnal Kinderwohnhauses“ mit einer Spende:

Bawag 14000 Konto Nr.: 276 108 110 30

OBERÖSTERREICH

Sozialistische Jugend startet neues Jugendmagazin



Das Magazin „Smash it up“ wird von Jugendlichen gemacht und lädt zum Mitmachen ein.

„Es ist ein vollkommen neues Projekt. Unser Magazin wird selbst gestaltet und geschrieben – von Jugendlichen für Jugendliche“ erläutert der Landesvorsitzende der Sozialistischen Jugend Oberösterreich (SJ) Michael Lindner das Konzept von „Smash it up“. Zum Schulstart wurden 15.000 Exemplare des Magazins an Oberösterreichs Schülerinnen und Schüler verteilt. Für Bekanntheit ist also bereits gesorgt. Befürwortet wird das Projekt auch von Landeshauptmannstellvertreter Josef Ackner: „Hier werden Jugendliche animiert, sich mit ihrer eigenen Umgebung und der Gesellschaft auseinanderzusetzen. Das unterstütze ich sehr.“

SPÖ OÖ



Alle Interessierten, die an „Smash it up“ mit-schreiben wollen, können sich unter smashitup@reflex.at melden.

SPÖ FRAUEN

Mehr Anreize für Väterkarenz



„Papa packt das“ – unter diesem Motto machen sich die SPÖ-Bundesfrauen gemeinsam mit den Kinderfreunden Österreich für mehr Väter in Karenz stark.

„Derzeit gehen nur knapp fünf Prozent der Männer in Karenz. Wir sehen es deshalb als unsere Aufgabe, mit einer Imagekampagne Väter zu motivieren, in Karenz zu gehen und für eine aktive Vaterschaft zu werben“, er-



Mit dem Aufkleber „Papa in Karenz an Board“ wird für mehr Beteiligung der Väter geworben.

klärt Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz das Ziel der Aktion. „Viele Familien können sich eine Väterkarenz aus finanziellen Gründen einfach nicht leisten“, so Gernot Rammer, Bundesgeschäftsführer der Kinderfreunde. Daher ist die Variante des einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeldes so wichtig, die finanzielle Anreize für beide Elternteile schafft.

Knie



Kartova

Keine soziale Mindestsicherung für Reiche!

Von Agrarsubventionen profitieren größtenteils die Falschen. Die Missstände im Förderwesen deckt der Autor Hans Weiss auf.

picturedesk



Bei den Agrarsubventionen liegt einiges im Argen: „Wer es wagt, das zu kritisieren, wird von Agrarfunktionären beschimpft“, kann Autor Hans Weiss aus eigener Erfahrung berichten.

Was hat ein kleiner Bergbauer, der vom Milcherlös seiner paar Kühe leben muss, mit Multimillionären und Milliardären wie dem Fürsten Liechtenstein, VW-Miteigentümer Hans Michael Piech, dem Banker Julius Meinl, dem Red Bull-Erfinder Dietrich Mateschitz, dem Papierindustriellen Alfred Heintel und Mag-na-Chef Siegfried Wolf gemeinsam?

Sie alle erhalten Jahr für Jahr Agrarsubventionen. Der kleine Bergbauer durchschnittlich 2.100 Euro, Fürst Liechtenstein hingegen rund 1.600.000 Euro. Offizielle Begründung der Agrarbürokratie für derartige Zuwendungen: Um ein „stabiles Einkommen zu gewährleisten“. Für den kleinen Bergbauer mag das ja zutreffen, aber für einen Multimillionär? Man könnte das auch als eine Form sozialer Mindestsicherung für Reiche sehen. Wer es wagt, das zu kritisieren, wird von Agrarfunktionären beschimpft: Wie aus einem Mund erklären Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich, Landwirtschaftskammer-Präsident Gerhard Wlodkowski und Bauernbund-

Chef Fritz Grillitsch, hier handle es sich einfach nur um eine Neiddebatte.

In einer APA-Meldung vom 2. September 2010 empörte sich Berlakovich: Der Ausdruck Verteilungsgerechtigkeit sei im Zusammenhang mit den Agrarförderungen falsch, weil diese für Leistungen erfolgen würden. Laut dieser neuen Sprachregelung erhält Julius Meinl nun also keine Subvention mehr, sondern eine Leistungsabgeltung. Und dagegen kann ja niemand etwas haben, oder?

Gesellschaftliche Umverteilung

In Wirklichkeit handelt es sich bei den Agrarsubventionen um eine gewaltige gesellschaftliche Umverteilung von jährlich rund 2,2 Milliarden Euro. Irgendjemand muss dieses Geld ja erwirtschaften. Nach meinen Berechnungen finanzieren im Durchschnitt drei Erwerbstätige einen Bauern. Nur rund 20 Prozent der Agrarsubventionen kommen den viel beschworenen kleinen Bauern zugute. Der Rest, 80 Prozent, landet bei Multimillio-

„Nur rund 20 Prozent der Agrarsubventionen kommen den viel beschworenen kleinen Bauern zugute. Der Rest landet bei Multimillionären, Großbauern und Großgrundbesitzern.“

nären, Großbauern und Großgrundbesitzern, hoch profitablen multinationalen Konzernen, diversen Raiffeisenfirmen und Agrarfunktionären.

100 Millionen Euro pro Jahr an Agrarfunktionäre

Diejenigen, die die Regeln über die Verteilung dieser Förderungen mitbestimmen, profitieren davon in besonderem Ausmaß. 32 Top-Funktionäre der Landwirtschaftskammern kassierten im Jahr 2008 durchschnittlich 56.000 Euro Agrarsubventionen – noch dazu fast immer steuerfrei, dank der besonderen Privilegien des Bauernstandes.

Insgesamt erhalten die in der Landwirtschaft tätigen Funktionäre und Politiker Jahr für Jahr schätzungsweise 100 Millionen Euro an Förderungen. Wir haben es hier, in bäuerlicher Sprache ausgedrückt, mit einem ordentlichen Saustall zu tun. ♦



Hans Weiss:

Schwarzbuch Landwirtschaft.

Die Machenschaften der Agrarpolitik.

Deuticke, Wien 2010; 176 S., 16,40 €

Hans Weiss ist freier Journalist und Buchautor in Wien (Bittere Pillen, Schwarzbuch Markenfirmen, Korrupte Medizin).

LESERBRIEFE



Bildbox

Die SPÖ schaut auf die Schwachen in der Gesellschaft: Für Sozialminister Rudolf Hundstorfer kommt eine Änderung bei den Pflegegeldstufen nicht in Frage.

Justizgipfel und Agrarförderungen, Asyl und Pflege – eine breite Themenpalette beschäftigte unsere Leser in den letzten Tagen. Einige der zahlreichen Reaktionen – teilweise gekürzt – finden sich hier wieder.

Lieber Herr Bundeskanzler,

Das Ergebnis Ihres Justiz-Gipfels sehe ich als ein sehr positives! Die Missstände waren – schenkt man den Medien Glauben – mehr als offensichtlich. Droht eine Zwei-Klassen-Justiz, darf es keine Kompromisse geben, da muss die beste Lösung gefunden werden und dafür müssen auch Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Justizministerin Ortner kann sich glücklich schätzen, dass Sie ihr unter die Arme greifen. Ich wünsche Ihnen für kommende Herausforderungen ebensoviel Erfolg.

Ingrid Friedlsbeck, Klosterneuburg

Liebe Mitarbeiter der SPÖ!

Die offensichtlichen Ungerechtigkeiten bei den Agrarförderungen haben mich schwer

schockiert. Das Buch von Herrn Weiss (Hans Weiss, Schwarzbuch Landwirtschaft, Anm. der Redaktion) hat mir diesbezüglich ziemlich die Augen geöffnet. Dass mit unseren Steuergeldern Agrar-Großkonzerne gefördert werden, anstatt das Geld hart arbeitenden Bäuerinnen und Bauern zu geben, ist eine Frechheit. Die Vorstöße der SPÖ kann ich daher nur voll und ganz unterstützen. Es wird Zeit, dass sich in der Förderlandschaft einiges ändert.

Markus Hirschnbacher, St. Veit

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich muss mir etwas von der Seele schreiben: Ich bin dermaßen froh, dass die SPÖ eine typische Grauslichkeit Marke Fekter bei der Neuerung im Fremdenrecht verhindern konnte. Als ich das erste Mal von den Plänen der Innenministerin gehört habe, war ich empört. Schutzsuchende einfach für einen Monat wegsperren – ja wo leben wir denn? Mit der erreichten Einigung habe ich das Gefühl, dass sie im Interesse aller Beteiligten ist. Dass sich Asylsuchende nach bestem Wissen und Gewissen an ihrem Verfahren beteiligen, ist für mich klar. Schließlich geht es dabei um rasche Gewissheit was ihre Zukunft angeht.

Irmi Schublach, via Mail

Lieber Herr Sozialminister Hundstorfer!

Vielen Dank für Ihre deutlichen Worte in Sachen Pflegestufen. Wenigstens gibt es mit der SPÖ eine Partei, die auch auf die Schwachen in der Gesellschaft schaut. Gerade bei denen zu sparen, die es am dringendsten nötig haben, kann ja wohl kaum die richtige Lösung sein. Sparen wir lieber bei jenen, die sowieso mehr als genug haben und wo ein biss-

chen weniger Geld am Konto nicht mal auffällt.

Willi Brauner, Wien

ÖIAG-Boss Michaelis

Das Verhalten des ÖIAG-Chefs halte ich für eine himmelschreiende Frechheit. Überall wird vom Sparen gesprochen und dieser Inbegriff eines überbezahlten Managers leistet sich tagein tagaus Luxus-Blödeleien auf Kosten von uns Steuerzahlern. Dass Michaelis offensichtlich überhaupt keiner sinnvollen Beschäftigung mehr nachgeht, liegt auf der Hand, sonst käme er nicht auf die absurden Ideen mit denen er immer wieder für Schlagzeilen sorgt. Meiner Meinung nach ist der Mann mehr als rücktrittsreif. Hätte er nur einen Funken Anstand im Leib, hätte er das längst selbst erkannt und hätte von alleine diesen Schritt getan. Leider kann man Anstand auch mit einem Jahresgehalt von 700.000 Euro nicht einfach kaufen.

Freundschaft

Karl Fischeisberger, Graz

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: SPÖ Steiermark Zinner, Bildbearbeitung: Max Stohanzl Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97 Hersteller: Leykam Druck, W. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

NET NEWS

www.localhero.at

Die Jugendkampagne der SPÖ Steiermark

Unter dem Motto „LH - Local Hero“ unterstützt das Team rund um den steirischen Jungspitzenkandidaten Max Lercher den Wahlkampf von Franz Voves. Auf der Webseite zur Jugendkampagne wird den Besuchern ein interessanter Einblick ins Leben des Landeshauptmannes gewährt. Durch zahlreiche private Anekdoten lernt man den Menschen Franz Voves kennen, ebenso erfährt man alles über seinen beruflichen

Werdegang. Die laufende Wahlkampf tour wird multimedial durch Foto- und Videoreportagen dokumentiert.

Abgerundet wird die Seite durch einen Online-Shop, in dem sich eingefleischte Voves-Fans mit einer großen Auswahl an „LH“-Artikeln eindecken können. Als besonderes „Gustostückerl“ gibt es ein Gewinnspiel, bei dem ein roter Fiat 500 im „Local Hero“-Design verlost wird. ♦



Zinner



Gefeiert ...

... wurde vor kurzem das große Familienfest der Kinderfreunde in Wien-Liesing, dem Heimatbezirk von Bundeskanzler Werner Faymann. Der Bundeskanzler bekräftigte, dass alle Kinder gleiche Chancen brauchen.

Getroffen ...

... haben sich vor kurzem Bundeskanzler Werner Faymann und die slowakische Ministerpräsidentin Ivetta Radicová zu einem Arbeitsgespräch. Der Bundeskanzler hat dabei auch seine Bedenken bezüglich des Ausbaus des Kernkraftwerks in Mochovce deponiert.



BKA

Wiener Linien



Gestartet ...

... ist vor kurzem die Wiener Nacht-U-Bahn, die an Wochenenden im 24-Stunden-Betrieb fährt. Im Bild: Wiens Bürgermeister Michael Häupl, Vizebürgermeisterin Renate Brauner und Wiener Linien-Geschäftsführer Günter Steinbauer.

Gespart ...

... werden sollen Sprit und CO2 beim Wettbewerb „ecoTRIATHLON Austria“. Der „ecoTRIATHLON“ zeigt, dass es möglich ist, mit Zug, schadstoffarmen Autos und E-Fahrrad leistbar und vor allem umweltschonend durch Österreich zu fahren, so Verkehrsministerin Doris Bures, die diese Aktion unterstützt.



HBF

HBF



Gesetzt ...

... haben Bildungsministerin Claudia Schmied und Sportminister Norbert Darabos eine weitere Initiative für mehr Bewegung in der Schule. Volksschulpädagogen und Vereinstrainer können sich im Rahmen einer gemeinsamen Bewegungsausbildung zum „Kinder-Bewegungscoach“ schulen lassen.